

# Nationalratskandidaten präsentieren sich

Gestern Abend setzten sich rekordviele Kandidierende für den Nationalrat dem medialen Rampenlicht aus. Alle versuchten sie Antworten auf die derzeit drängendsten Fragen zu geben.

**Tobias Bolli**

SCHAFFHAUSEN. Nicht weniger als 42 Kandidierende werfen dieses Jahr ihren Hut in den Ring und versuchen am 22. Oktober einen Sitz im Parlament oder Ständerat zu erstreiten. Damit scharren so viele Aspiranten in den Startlöchern wie seit Jahren nicht mehr – darunter eine hübsche Anzahl, die auf der politischen Bühne noch nicht in Erscheinung getreten ist. Auch viele junge Menschen folgten gestern der Einladung der SN und liessen sich im prächtigen Zunftsaal zum Kaufleuten auf den Zahn fühlen. Für Phrasendrescherei war an diesem Abend keine Zeit, wegen den zahlreichen Kandidaten musste es zügig vorwärtsgen. Zunächst waren die 27 erschienenen Nationalratskandidaten an der Reihe; in vier Grüppchen unterteilt, konnten sie zu einem Themenkomplex sprechen, welche die Schweizer Bevölkerung gerade besonders umtreibt.

## Woher nehmen, wenn nicht stehlen

Die erste Gruppe wurde von SN-Redaktor Reto Zanettin zum Thema Bundeshaushalt befragt – rund 83 Milliarden Franken Nettoschulden haben sich aufgetürmt, wie soll dieser Schuldenberg abgetragen werden? «Zuerst müssen wir einmal analysieren, wo überhaupt das Geld weggeht», sagte Theo Schilling (Junge Grüne). Man tappe diesbezüglich leider weitgehend im Dunkeln. Yves Collet (FDP) hatte eine direktere Antwort parat: «Wir sollten unser Steuersystem vereinfachen und die Digitalisierung vorantreiben.» Im Übrigen gelte es, bestmögliche Bedingungen für Unternehmen zu schaffen, insbesondere (allerdings vor allem in Zug domizilierte) Blockchain-Unternehmen lägen ihm am Herzen. Tim Bucher (GLP) plädierte für eine Verbesserung der seines Erachtens erodierenden Wirtschaftsbeziehung zu Europa. Sparen heisse auch investieren – «wir müssen den Klimawandel angehen, ansonsten machen wir nur noch mehr Defizite». Das Rezept von David Heggli (Mass-Voll) klang verdächtig nach FDP: «Den Staat auf ein Minimum herunterfahren und den Wasserkopf loswerden.»

SN-Redaktorin Katrin Schregenberger thematisierte daraufhin den Sorgenbarometer-Dauerbrenner Gesundheitskosten. FDP-Politiker Severin Brüngger regte an, über die Dimensionierung des Spitalneubaus hier in Schaffhausen nachzudenken. Es genüge, wenn mit dem Bau die Grundversorgung sichergestellt werden könne. «Aufwendige Operationen liessen sich auch in einem anderen grösseren Spital machen.» Leistungen gelte es eventuell einzuschränken, da eine bedenkliche Selbstbedienungsmentalität überhandgenommen habe. Juso-Kandidatin Leonie Altorfer schloss Abstriche im Gesundheitsbereich kategorisch aus. Sie sehe grundsätzlich nicht, warum ein Spital profitabel sein müsse. «Das geschieht oft auf Kosten



SP-Nationalratskandidatin Linda de Ventura versucht sich und ihre politischen Ideen beim Publikum beliebt zu machen.

BILD MELANIE DUCHENE

von Patienten.» Wolle man die Gesundheitskosten senken, müsse man Armutsbekämpfung betreiben. «Denn Armut macht krank», so die junge Politikerin. Andreas Gnädinger (SVP) stellte sich hinter den Vorschlag einer Bagatellengebühr. Wer ohne Not in der Notaufnahme aufkreuze, solle die ersten 50 Franken der Behandlung selber bezahlen. Einen solchen Ansatz begrüsst auch Roman Schlatter (SVP Agro), «sofern man nicht erst mit dem Kopf unter Arm in den Notfall geht».

## Die 10-Millionen-Schweiz

Weiter ging es mit der Asylpolitik. Der stellvertretende Chefredaktor Sandro Stoll moderierte die Runde. «Wir müssen hart sein, aber fair, wenn es um Migration geht», sagte FDP-Frau Anna Tanner. Zumindest grundsätzlich funktioniere das Schweizer Asylwesen. «Zuwanderung sollte sowohl quantitativ als auch qualitativ gesteuert werden können», entgegnete Benjamin Salzmann von der Jungen SVP. «Unsere Infrastruktur hält mit dem Bevölkerungswachstum schlicht nicht mit.» Urs Wohlgemuth (FDP) plädierte für eine moderate Position; die von der Schweiz betriebene

## Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen des SN-Podiums

Yves Collet (FDP), Regula Salathé (EVP), Theo Schilling (Junge Grüne), David Heggli (Mass-Voll), Deborah Isliker (SVP KMU), Tim Bucher (GLP), Severin Brüngger (FDP), Lukas Tarczali (Juso), Thomas Böhni (GLP), Leonie Altorfer (Juso), Fredy Holderegger (Mass-Voll), Roman Schlatter (SVP Agro), Anna Tanner (FDP), Yvan Meuwly (SVP Agro), Daniel Raschle (Grüne), Linda De Ventura (SP), Urs Wohlgemuth (FDP), Benjamin Salzmann (Junge SVP), Reinhard Gasser (EDU), Stephan Schlatter (FDP), Regula Sauter (Grüne), Andreas Gnädinger (SVP), Lara Winzeler (Junge SVP), Jannik Schraff (GLP), Martina Munz (SP, bisher) und Thomas Hurter (SVP, bisher). (r.)



Die ganze Sendung gibt es am Sonntag, 20. August, zwischen 18 und 21 Uhr im Schaffhauser Fernsehen und online unter [www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

Migrationspolitik dürfe die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährden.

## Damit das Licht auch morgen angeht

SN-Redaktorin Fabienne Jacomet wollte wissen, wie unsere Energieversorgung langfristig garantiert werden könne. «Ich will dafür das Beschwerderecht ja nicht aufweichen», sagte Reinhard Gasser (EDU), «aber es geht wohl nicht anders.» Schliesslich brauche man Strom für die neuen Elektroautos, ansonsten bleibe nur, Strom aus Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken zu importieren. Wenig Handlungsbedarf sah Stephan Schlatter (FDP). «Jeder spürt, wie sich das Klima entwickelt, die Anreize sind schon da», meinte er. Niemand dürfe gezwungen werden, Solarpanels auf dem eigenen Hausdach montieren zu müssen. Jannik Schraff (GLP) fand demgegenüber, dass die bestehenden Förderprogramme ausgebaut werden müssen. «Es braucht jetzt Geld, denn die Alternative ist teuer.»

Zuletzt wurden die beiden Bisherigen auf die Bühne gebeten und von SN-Redaktor Mark Liebenberg auf die Probe gestellt. «Wir müssen diskutieren, ob wir die Atomkraftwerke wirklich abstellen sollten», sagte SVP-Nationalrat Thomas Hurter zur Energiethematik. «Wenn wir die fossile Energie mit Solarenergie ersetzen wollen, dann müssten wir alle bestehenden Dachflächen doppelt belegen.» Wunschprogramme von links, namentlich auch von SP-Nationalrätin Martina Munz, müsse zuerst einmal jemand finanzieren können. Dafür brauche es eine Wirtschaft basierend auf Eigenverantwortung anstatt immer noch mehr in Bern gezimmerte Gesetze und Regulierungen. Munz redete dagegen dem sozialen Miteinander das Wort. «Die Bevölkerung leidet», stellte sie fest. Die Löhne hielten mit der Inflation allzu oft nicht mehr Schritt, was gerade Leute mit kleinem Einkommen empfindlich zu spüren bekämen. Eines ihrer Rezepte: «Wir sollten mehr in Prämienverbilligungen investieren. Krankenkassen sind heute völlig unsozial, jeder zahlt gleich viel, völlig unabhängig von seinem Einkommen.» Zudem stellte Munz die zusätzlichen Investitionen in die Armee infrage. «Unser Militär kann das gar nicht ausgeben, wir sollten nicht Geld bereitstellen, das dann gar nicht gebraucht wird.»



Thomas Hurter (l.) und Martina Munz im Gespräch mit Mark Liebenberg.



Diskutiert wurde unter anderem über die Kosten der Gesundheitsversorgung.